

Zur Vorlage in der Sitzung des Stadtteilbeirats Gröpelingen am 20.11.2024

## **Umbenennung der Straße „Reitbrake“ zu „An der Kriegsgräberstätte“ in Erinnerung an das über Jahrzehnte vergessene sowjetische Gräberfeld**

### **Der Stadtteilbeirat Gröpelingen möge beschließen:**

Der Stadtteilbeirat Gröpelingen entscheidet nach § 10 Abs. (1) Ziff. 7 und 8. des Ortsgesetzes über Beiräte und Ortsämter über die Benennung der Straße „Reitbrake“ (Straßenschlüssel: 56272) für die Ortsteile Oslebshausen und Industriehäfen folgendes:

Der Stadtbürgerschaft möge beschließen:

- 1. Die Straße „Reitbrake“ wird bis spätestens zum 22.06.2025 unbenannt in „An der Kriegsgräberstätte“**
- 2. Der neue Straßename wird vom Staatsarchiv Bremen in Abstimmung mit dem Stadtteilbeirat erläutert. Die Erläuterung wird dem Straßenschild in üblicher Weise beigefügt.**

### **Begründung**

Auf Grundlage der historischen Recherchen des Oslebshauser Heimatforschers Harry Winkel, dem Begründer der Geschichtsgruppe „Alt Oslebs“, und des pensionierten Geschichtslehrers und passionierten NS-Forschers Peter-Michael Meiners wurde das zentrale Bremer Gräberfeld für sowjetische Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene im Jahr 2021 wieder aufgefunden. Auch der kürzlich verstorbene und eng mit dem Stadtteil verbundene Friedensaktivist Ekkehard Lenz hat sich sehr engagiert, um die Geschichte des Ortes wiederzuentdecken und würdevoll aufzuarbeiten. Die Ergebnisse der Grabung, die vom August 2021 bis November 2022 durchgeführt wurden, wurden von der Landesarchäologie in ihrem Abschlussbericht wie folgt zusammengefasst: „Die Exhumierung des Friedhofs im Jahr 1948 war unvollständig. Mehrere Einzel-, Doppel- und Massengräber mit insgesamt 66 vollständigen Toten wurden bei der Exhumierung nicht gefunden und waren deshalb nicht exhumiert worden. Von den anderen ehemals dort Bestatteten in den langgestreckten Bestattungsgräbern und auch in den anderen Gräbern lagen überall noch Teilkörper in situ, andere Einzelknochen lagen so, wie sie in der Exhumierungssituation zurückgelassen worden waren, andere als Streuknochen auf der ehemaligen Friedhofsfläche. In all diesen Fällen kann also nur von einer Teilsexhumierung gesprochen werden. Die über 200 geborgenen Erkennungsmarken verweisen noch auf einen anderen Aspekt der frühen Nachkriegszeit hin. (...) Aber mit mehr Empathie für die toten Kriegsgefangenen und gründlicherer Arbeit hätte es möglich sein müssen, auf die beim Toten befindlichen Erkennungsmarken zu achten. Sie hätten 1948 zwar keine Identifizierung erlaubt, aber einen respektvollen Umgang mit den Toten während der Exhumierung erkennen lassen.“ Insgesamt wurden 66 vollständige Skelette, über 20.000 Knochen- und Knochenteile sowie 213 Erkennungsmarken bei den archäologischen Grabungen gefunden. Ein weiteres Gedenken wurde vom Bremer Senat angekündigt, so in der Vorlage zur Kulturdeputation vom 25.04.2022 (Vorlage Nr. 151): „Der authentische Ort des sog. „Russenfriedhofs“ mit dem Denkmal Reitbrake sowie der Bestattungsort an der Kriegsgräberstätte Osterholz werden nach der

Wiederbestattung der geborgenen Gebeine und menschlichen Überreste im Rahmen eines Gedenkkonzepts erinnerungspolitisch zu verbinden sein.“

Auch im aktuellen Koalitionsvertrag (2023-2027) wurde die Reitbrake berücksichtigt: „Die Koalition wird (...) die an der Reitbrake in akribischer archäologischer Untersuchung geborgenen menschlichen Überreste der dort bestatteten, in Bremen zu Tode gekommenen Zwangsarbeitenden und Kriegsgefangenen aus dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion, heute vor allem Russische Föderation und Ukraine, würdevoll und mit Zustimmung der genannten Nationen in Osterholz wiederbestatten. Zugleich wollen wir dort in geeigneter Form aller Opfer des Vernichtungskriegs im Osten gedenken. Außerdem wollen wir in räumlicher Nähe der Reitbrake in Oslebshausen an die nationalsozialistischen Verbrechen im Bremer Westen und die zu Tode gekommenen Zwangsarbeitenden und Kriegsgefangene erinnern. Zur konzeptionellen Gestaltung des Gedenkens bzw. der Erinnerung werden wir Expert\*innen heranziehen und uns mit den Vertreter\*innen der Ukraine und Russland abstimmen.“

Aktuell sind jedoch keine Aktivitäten des Senats erkennbar, seine Absicht für ein würdevolles Gedenken zeitnah umzusetzen.

Bevor der authentische Ort nun durch die Überplanung mit einer Bahnwerkstatt wieder dem Vergessen anheimfällt, ist es erforderlich und dringend geboten, zunächst einfache und leicht umzusetzende Maßnahmen zu ergreifen. Hierzu zählt die Umbenennung der „Reitbrake“ in „Auf der Kriegsgräberstätte“.

Der neue Straßename „Auf der Kriegsgräberstätte“ ordnet den authentischen Ort von NS-Verbrechen, Leiden und Tod sachgerecht ein. Dem Besucher wird unmittelbar die mit diesem Ort verbundene Geschichte bewusst. Der Name macht neugierig und regt den Besucher an, eigene Recherchen anzustellen und sich mit dem Ort auseinanderzusetzen. Auch ortsansässige Betriebe und ihre Mitarbeiter werden sich mit der Geschichte des Ortes auseinandersetzen, damit sie ihren Besuchern Rede und Antwort stehen können. Der neue Straßename erfüllt damit die Funktion „wider dem Vergessen“ und befördert ein „Nie wieder!“.

Die Reitbrake hat aktuell nur einen Anrainer, der von einer Umbenennung betroffen ist. Dies ist die Nehlsen Industrieservice GmbH & Co. KG - Betrieb Abfallbehandlung in der Reitbrake 6, 28239 Bremen. Alle anderen ehemals an der Reitbrake angesiedelten Betriebe wurden im Zuge Räumung für die archäologischen Grabungen und die geplante Ansiedlung der Alstom Transport Deutschland GmbH (vormals Linke-Hofmann-Busch GmbH (LHB)) geräumt.

Auch dürfte es den bestehenden Verstoß gegen das Bremische Landesstraßengesetz auflösen, wonach es nicht gestattet ist, dass mehrere Straßen in einer Gemeinde mit demselben Namen bezeichnet sind. Neben der „Reitbrake“ in Oslebshausen gibt es auch die Straße „Auf der Reithbrake“ im Ortsteil Industriehäfen. Im Zuge der Berichterstattung zu den Grabungen wurde als Ortsangabe wiederholt „an der Reitbrake“ verwendet, so zuletzt im Weser-Kurier vom 12.04.2024. Dies belegt die Verwechslungsgefahr.

Dieter Winge und die Fraktion DIE LINKE im Beirat Gröpelingen

Zur Vorlage in der Sitzung des Stadtteilbeirats Gröpelingen am 20.11.2024

## **Auskunftsbitte an den Betreiber der Klärschlammverbrennungsanlage KENOW**

Der Beirat Gröpelingen möge beschließen:

Hiermit bittet der Beirat Gröpelingen die Betreiberfirma der Klärschlammverbrennungsanlage (KVA) KENOW um zeitnahe Auskunft über die folgenden Punkte:

1. Die ursprünglichen Planungen sahen vor, dass die Anlage bereits im 2023 in Betrieb gehen sollte (1). Derzeit befindet sich die Anlage nach Aussage der KENOW in der Phase der Inbetriebnahme; auf diese Phase soll der sog. Probetrieb folgen, ehe die Anlage in den Regelbetrieb gehen soll. Wie genau ist der weitere zeitliche Ablauf dieser Phasen bis zum Regelbetrieb?
2. Welche Umstände genau haben zu der Verzögerung bei der Inbetriebnahme der Anlage geführt?
3. In der jetzigen Phase der Inbetriebnahme kam es wiederholt zu erheblichen Geruchsemissionen; typischer Klärschlammgeruch war häufig sowohl im direkten Umfeld der KVA als auch in der Wohnumgebung sehr deutlich wahrzunehmen. Wie kommt es zu dieser Geruchsemission? Ist dieser Geruch typisch für den Betrieb der Anlage und ist damit zu rechnen, dass das Auftreten derartiger Gerüche in Zukunft regelmäßig auftritt?
4. Wenn Frage 3 verneint wird: was sind die Gründe der Emissionen und durch welche Maßnahmen können diese zukünftig verhindert werden?
5. Aktuell wird der Bau einiger geplanter KVA in Deutschland eingestellt bzw. verschoben, so in Stapelfeld (2), Rostock (3), und Kiel (4). Gründe hierfür sind u.A. geschaffene bzw. befürchtete Überkapazitäten. Gestaffelt ist für Kläranlagen für >100.000 Einwohner weiterhin bis 2029, für Klärwerke ab 50.000 Einwohner sogar bis 2032 eine landwirtschaftliche Verwertung möglich. Für Klärwerke kleiner >50.000 Einwohner ist eine uneingeschränkte landwirtschaftliche Nutzung auch nach 2032 weiterhin möglich, sofern die gesetzlichen Vorgaben eingehalten werden. Da laut Umweltbundesamt die Mehrzahl der Kläranlagen in der BRD kleiner als 50.000 Einwohner sind (5) dürfte die landwirtschaftliche Verwertung hier auch zukünftig genutzt werden. Für diese Klärwerke ist eine Verbrennung von Klärschlämmen nicht mehr gesetzlich gefordert. Wie hoch ist die voraussichtliche Auslastung der Bremer Anlage? Sind vor dem oben geschilderten Hintergrund genügend Klärschlämme für einen

wirtschaftlichen Betrieb der Bremer Anlage vorhanden?

6. Wie ist die aktuelle Preisentwicklung bei der Klärschlamm Entsorgung? Was kostet aktuell die Entsorgung der thermischen Verwertung von Klärschlamm je Tonne?

Dieter Winge und die Fraktion DIE Linke im Beirat Gröpelingen

Quellen:

- 1) <https://www.weser-kurier.de/bremen/stadtteil-haefen/klaerschlammbrennungsanlage-grundsteinlegung-am-industriehafen-doc7hnhchhhihi2dagtf7m>
- 2) <https://www.ndr.de/nachrichten/schleswig-holstein/Baustopp-bei-Klaerschlammbrennungsanlage-in-Stapelfeld,regionnorderstedtnews932.html>,
- 3) <https://www.kn-online.de/lokales/kiel/bau-der-klaerschlammbrennung-in-kiel-aus-kostengruenden-vorerst-gestoppt-NWBA6UPNNT6K6R3OQWA3UDE3Q4.html>
- 4) <https://www.zfk.de/wasser-abwasser/abwasser/klaerschlammbrennung-wettrennen-bei-bauprojekten-und-um-entsorgungsmengen>, <https://www.energate-messenger.de/news/245857/baustopp-fuer-klaerschlammbrennungsanlage>
- 5) [https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/376/publikationen/2018\\_10\\_08\\_uba\\_fb\\_klaerschlammbf\\_low.pdf](https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/376/publikationen/2018_10_08_uba_fb_klaerschlammbf_low.pdf)

Antrag zur Vorlage auf der Beiratssitzung am 20.11.2024

### **Antrag auf Informationen zu Polizeieinsätzen am „Toleranzort“ für Drogenabhängige an der Debstedter Str.**

#### **Der Beirat Gröpelingen möge beschließen:**

Der Beirat Gröpelingen bittet den Senator für Inneres und Sport um Informationen zu etwaigen Polizeieinsätzen am Container des „Toleranzortes“ für Drogenabhängige seit Juli bis einschließlich Oktober 2024. Wir erbitten uns hierbei Informationen über

1. den genauen Zeitpunkt der Einsätze
2. Anlass und Intention der Einsätze
3. wurden diese Einsätze im Rahmen der abgestimmten und in der Bürgerschaft beschlossenen Drogenhilfestrategie mit den betroffenen weiteren Ressorts (Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz, Senatorin für Arbeit, Soziales, Jugend und Integration ) abgestimmt?
4. Gab es bzgl. der Einsätze eine Abstimmung mit den Streetworkern der Ambulanten Suchthilfe/Inneren Mission, die diesen Toleranzort sozialarbeiterisch betreuen?
5. Wie beurteilt das Innenressort die Auswirkungen dieser Einsätze (mangelnde Akzeptanz des Toleranzortes seitens der betroffenen Klienten; erneut Verdrängung der Szene und dadurch vermehrter Problemdruck in Gröpelingen- Mitte?
6. Wie wird das weitere Sicherheitskonzept rund um die Toleranzfläche in Gröpelingen gestaltet? Wird es hier eine Abstimmung mit den betroffenen weiteren Stellen und den Stadtteilbeirat geben?

#### **Begründung:**

In den letzten Jahren wurde viel Zeit, Geld und Kraft in die Umsetzung eines Konzeptes investiert, um die Auswirkungen der Drogenszene auf den Stadtteil in erträglichen Grenzen zu halten. So konnte mit dem Toleranzort an der Debstedter Str. ein Ort etabliert werden, der von der Drogenszene akzeptiert wurde und der auch eine entsprechend starke Nutzung in der letzten Zeit aufwies. Nachdem der von der Inneren Mission aus Holz errichtete Unterstand mehrfach in Brand gesetzt wurde, ist dort mit Unterstützung des Ortsbeirates ein Container aufgestellt worden, der die Akzeptanz des Ortes noch einmal erhöht hat. Mit Hilfe der Streetworker, die diesen Ort sozialarbeiterisch betreuen, konnten einerseits wesentliche Hilfeleistungen für die Betroffenen Drogenabhängigen installiert werden, andererseits wurde der Problemdruck im zentralen Bereich Gröpelingens (Liegnitz- Quartier, Koschnick-Platz und Umgebung, Gröpelinger Heerstraße.) deutlich abgemildert. Seit etwa September 2024 ist jedoch die

Inanspruchnahme des Ortes durch Betroffene gar nicht mehr vorhanden. Nach Aussage der dort tätigen Streetworker und auch von Betroffenen, soll dies mit massiven Polizeieinsätzen in Zusammenhang stehen. Seit dem sind wieder vermehrt Angehörige der Drogenszene im zentralen Bereich des Stadtteils zu beobachten. Genau diesen Bereich versucht die Ortspolitik aber gemeinsam mit der Innenbehörde nach massiven Anwohnerbeschwerden zu beruhigen. Zu diesem Zweck wurde auch eine Videoüberwachung installiert. Aus Sicht des Ortsbeirates ist es nicht wünschenswert, dass diese Bemühungen durch etwaige, nicht abgestimmte Polizeiaktionen auf den Toleranzflächen konterkariert werden und bewirkt wird, dass sich die Drogenszene nun wieder vermehrt im Gröpelinger Zentrum aufhält.

Dieter Winge und die Fraktion die LINKE im Gröpelinger Beirat



## **Antrag an den Beirat Gröpelingen**

Der Beirat möge beschließen:

Der Beirat Gröpelingen fordert das Amt für Straßen und Verkehr auf, unter Berücksichtigung der kürzlich erfolgten Änderungen im Straßenverkehrsgesetz die Einrichtung von Zebrastreifen an den folgenden Überwegen neu zu bewerten:

- Übergang Ludwig-Plate-Straße zwischen Lichthaus und Waterfront
- Übergang Lindenhofstraße in Höhe der grünen Dockstraße
- Übergang Ritterhuder Heerstraße in Höhe Grünzug West

Der Beirat hält die Einführung von Zebrastreifen an allen diesen Orten für sinnvoll, um eine Gefährdung von Fußgängern, insbesondere auch Schulkindern, zu minimieren.

## **Begründung**

Die kürzlich in Kraft getretene Änderung des Straßenverkehrsgesetzes ändert die Bewertungskriterien für verkehrliche Maßnahmen. Waren Einschränkungen bisher nur möglich „zur Abwehr von Gefahren für die Sicherheit oder Leichtigkeit des Verkehrs“, können sie jetzt „auch erlassen werden zur Verbesserung des Schutzes der Umwelt, darunter des Klimaschutzes, zum Schutz der Gesundheit oder zur Unterstützung der städtebaulichen Entwicklung“ (§6, Absatz 4a).

Die Einrichtung von Zebrastreifen an den genannten Überwegen wurde in den letzten Jahren diskutiert und teilweise auch beim ASV beantragt, jedoch wurden diese Anträge abgelehnt oder wegen mangelnder Erfolgsaussicht gar nicht erst gestellt. Durch die neuen Bewertungskriterien sind aus unserer Sicht die Ablehnungsgründe nicht mehr relevant:

Ludwig-Plate-Straße: Hier ist zuletzt am 03.09.2024 eine Ablehnung vom ASV ergangen, u.A. mit der Begründung „erhöhter Schwerverkehrszahlen“. Durch die Einrichtung der Grundschule im Schiffbauerweg muss dieser Übergang als Teil des Schulwegs betrachtet werden. Da die Zeiten erhöhten Schwerlastverkehrs sich mit den Zeiten der Benutzung von Schulwegen überschneiden, ist von einer Gesundheitsgefährdung der Schüler auszugehen. Außerdem kann die gute Erreichbarkeit der Waterfront für Fußgänger auch als städtebauliches Ziel angesehen werden, weil damit die Verwendung des ÖPNV gefördert wird.

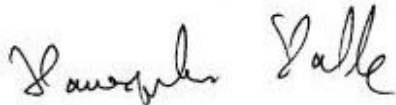
Lindenhofstraße: Dieser Übergang ist ohnehin sehr stark frequentiert, einmal im Zuge des Fuß- und Radwegs Grüne Dockstraße, aber auch einfach zum Wechsel der Straßenseite. Durch parkende oder haltende Autos ist jedoch die Übersicht auf die Straße für Fußgänger nicht immer gegeben. Deshalb kommt es an dem Übergang

immer wieder zu gefährlichen Situationen, auch wenn sich diese auf Grund der niedrigen gefahrenen Geschwindigkeit nicht in der Statistik niederschlagen.

Ritterhuder Heerstraße: Ähnlich des Übergangs Lindenhofstraße wird dieser benutzt zum Wechsel der Straßenseite, z.B. vom Aldi zur Sparkasse, aber auch im Zuge des Fuß- und Radwegs Grünzug West. Außerdem wird er durch seine Nähe zur Grundschule Oslebshäuser Heerstraße auch als Schulweg benutzt. Der Übergang hat zwar eine Überquerungshilfe, diese ist jedoch recht klein und reicht bei größeren Gruppen von Fußgängern nicht aus. Auch finden auf ihr weder Lastenräder noch Fahrräder mit Anhänger Platz. Durch den zeitweilig starken KFZ-Verkehr auf der Ritterhuder Heerstraße sind auch hier regelmäßig gefährliche Situationen zu beobachten.

Deshalb ist der Beirat der Meinung, dass an allen drei Übergängen ein Zebrastreifen eingerichtet werden sollte. Die entstehenden Kosten können aus dem Stadtteilbudget übernommen werden.

Mit freundlichen Grüßen

Handwritten signature in cursive script, reading "Hans-Joachim Galle".